Stand: 26.04.2024 12:41:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12788

"Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/12788 vom 13.06.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 14.06.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14168 des UG vom 16.10.2012
4. Beschluss des Plenums 16/14333 vom 06.11.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.11.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**12788**
13.06.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Natascha Kohnen, Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold, Reinhold Perlak, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ umgehend beizutreten.

Begründung:

Die Gentechnikfreiheit muss unser aller Ziel sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die gentechnisch veränderte Organismen auf unseren Äckern und Feldern breit machen, mit nicht kalkulierbaren Risiken für unsere Umwelt, unsere Heimat und unsere Landwirtschaft.

Das „Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ wurde im Jahr 2003 von zehn europäischen Regionen gegründet. Im Jahr 2005 wurde die „Charta von Florenz“ beschlossen, in der die Ziele und Aufgaben der Initiative sowie das Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit beschrieben werden. Im September 2009 hatte auch der damalige bayerische Umweltminister Dr. Markus Söder angekündigt, der Freistaat Bayern wolle einen Beitritt zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ prüfen. Bis heute hat sich, abgesehen von u.E. zweifelhaften Sonntagsreden, die Staatsregierung nicht bewegt.

Wir fordern ein klares Bekenntnis zu unserer gentechnikfreien Heimat.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, Teile der SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und eine Stimme aus den Reihen der CSU. Wer den Antrag ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das sind sehr weite Teile der SPD und zwei Enthaltungen aus den Reihen der CSU. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Wir können jetzt in die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/12787 eintreten. Ich bitte Sie, die Kärtchen in die Hand zu nehmen und in die dafür vorgesehenen Urnen zu werfen. Wir lassen diese dann auszählen. Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 16.20 bis 16.25 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während des Abstimmungsvorgangs erlaube ich mir, bekannt zu geben, dass am Donnerstag, dem 21. Juni 2012, im Maximilianeum zum wiederholten Male ein Tag der Menschen mit Behinderung stattfindet. Darüber sind Sie schon informiert worden. In Ihren Fächern liegt das Programm. Vonseiten des Präsidiums würden wir uns sehr freuen, wenn Sie an der Veranstaltung teilnähmen. Wie Sie sich fachlich in die Tagesordnung einbringen, können Sie sich bis zu diesem Zeitpunkt noch überlegen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt steht nichts mehr auf der Tagesordnung. Ich verabschiede mich jedoch noch nicht, da wir noch auf das Abstimmungsergebnis warten.

Der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Mir tut es sehr leid, dass die Besuchergruppe, die gerade eingetroffen ist, jetzt nichts mehr mitbekommt. Wir sind überraschend schnell fertig geworden. Das ist sonst überhaupt nicht der Fall. Sie müssen sich anders vergnügen. Ich kann mir vorstellen, dass es Schöneres im Leben gibt, als hier zu sitzen. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen einen guten Nachhauseweg und denjenigen, die dableiben, einen schönen Abend im Haus.

Den verbliebenen Kolleginnen und Kollegen erlaube ich mir, das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben. Das ist außerdem für das Protokoll ganz wichtig. Es geht um die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP betreffend "Dritte Start- und Landebahn sichert Wachstum und Arbeitsplätze in Bayern", Drucksache 16/12787. Mit Ja haben 82 gestimmt. Mit Nein haben 39 gestimmt. Es gab 24 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/12788 mit 16/12793 sowie 16/12810 und 16/12811 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Jetzt wünsche ich Ihnen wirklich einen schönen Abend. Auf Wiedersehen.

(Schluss: 16.29 Uhr)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14168**
16.10.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 16/**12788**

Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Natascha Kohnen**
Mitberichterstatter: **Reinhard Pachner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 21. Juni 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 10. Oktober 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 68. Sitzung am 16. Oktober 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14333**
06.11.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Natascha Kohnen, Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold, Reinhold Perlak, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**12788**, 16/**14168**

Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Reinhard Pachner
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Dr. Leopold Herz
Abg. Klaus Steiner
Abg. Anne Franke
Abg. Dr. Otto Bertermann
Staatssekretärin Melanie Huml

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)
Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa (Drs. 16/12788)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion, bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten mit Ihnen heute noch einmal über das Thema "grüne Gentechnik" diskutieren. Abgesehen von der FDP sind wir uns hier im Hohen Hause in der Ablehnung der grünen Gentechnik im Freiland einig. Das ist gut so. Zweifel und offene Fragen bleiben bei der ablehnenden Haltung der CSU in einem Punkt. Sie wollen dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa nicht beitreten. Warum? - Sie begründen das mit dem Argument, Bayern sei zwar gentechnikanbaufrei, aber nicht gentechnikfrei.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

So wurde das zumindest kürzlich von Herrn Pachner im Ausschuss vorgetragen. Herr Pachner, natürlich ist Bayern nicht gentechnikfrei; sonst müssten unzählige Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler ihre Arbeit im Labor einstellen; denn dort findet Gentechnikarbeit statt. Eine Anmerkung richte ich an die FDP. Sie sehen daran, dass wir nicht forschungsfeindlich sind. Ich selbst komme aus der Gentechnikforschung.

Wir reden jetzt aber nicht vom Labor, sondern vom Ackerbau; denn die Charta der gentechnikfreien Regionen Europas beinhaltet die Ablehnung des Anbaus gentech-

nisch veränderter Pflanzen in den Regionen, die dieser Charta beitreten. Sie als CSU in Bayern lehnen das ab, machen aber in Bayern etwas Gegensätzliches. So wurde der Landkreis München, mein eigener Stimmkreis, neben 29 anderen bayerischen Kommunen mit dem Logo "Gentechnikanbaufreie Kommune" ausgezeichnet, und zwar von niemand anderem als von Umweltminister Huber selbst. Ich frage Sie ganz offen: Wie geht das denn? 200 Kommunen in Bayern sind gentechnikanbaufrei. Im Freistaat Bayern geht das, in Europa soll das nicht gehen. Herr Pachner, entweder Sie klären das auf, oder ich gehe davon aus, dass die CSU eine gespaltene Persönlichkeit hat, oder - das liegt nach diesem Wochenende nahe - es handelt sich um einen Kuhhandel mit der FDP, die dem Ganzen nicht zustimmen möchte.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Herr Pachner, kann es sein, dass hinter Ihrer Ablehnung der gentechnikfreien Regionen Europas das steckt, was Ihre Jugendorganisation, die JU, in ihrem Positionspapier "Landwirtschaft - eine Branche mit Zukunft" wie folgt beschreibt - ich zitiere: "Um am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, müssen die bürokratischen Hürden bei der Zulassung gentechnikveränderter Pflanzen zurückgefahren werden". Herr Pachner, jetzt bin ich höchst gespannt. Es wäre schön, wenn Sie sich zu dem, was Sie im Freistaat machen, auch in Europa bekennen würden, FDP hin oder her.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die CSU-Fraktion erteile ich das Wort nun Herrn Kollegen Pachner.

(Harald Güller (SPD): Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit!)

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Liebe Frau Kohnen, wir haben über diesen Antrag bereits in drei Ausschüssen diskutiert, und in drei Ausschüssen ist er abgelehnt worden. Wenn wir dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten würden, dann ginge es nicht nur um den Anbau, sondern um sämtliche

Dinge, die mit Gentechnik zusammenhängen. Bayern führt immer noch 800.000 Tonnen Soja aus Südamerika, unter anderem aus Brasilien, ein, die zu 90 % gentechnisch verändert sind, um den Bedarf an pflanzlichem Eiweiß für die Tierernährung zu decken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil Sie Ihren Biosprit so teuer besteuert haben!)

- Herr Aiwanger, Biosprit hat mit dem Zusammenhang, in dem wir jetzt über Gentechnik reden, nichts zu tun.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil wir bei uns den Raps kaputt gemacht haben, darum kommt jetzt das genveränderte Soja!)

- Ich will mit Ihnen keinen Dialog führen, sondern etwas zum Antrag sagen. Solange wir 800.000 Tonnen Soja einführen müssen, die zu 90 % gentechnisch verändert sind, wäre es unehrlich und eine Augenauswischerei, wenn wir dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa beitreten würden. Das kann’s nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Gegenteil, unsere Richtung stimmt, wenn wir sagen:Wir versuchen mit einer Eiweißstrategie die Produktion des heimischen Eiweißes zu forcieren. Wir haben diese zwei Millionen im Haushalt. Nun kommt, was Sie, Herr Kollege Aiwanger, als Zwischenruf eingeworfen haben. Natürlich haben wir durch die Biodieselherstellung auch den Rapskuchen, der pures Eiweißfutter ist. Wir müssen aber versuchen, etwas beim heimischen Eiweiß zu tun. Wir müssen das heimische Eiweiß ausbauen. Das reicht aber noch nicht aus. Mit dem heimischen Eiweiß können wir vielleicht die Rinderernährung sicherstellen, die Schweine- und Geflügelernährung aber nicht. Dieses Eiweiß müssen wir auch in Zukunft einführen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was heißt denn das?)

- Herr Halbleib, wenn Sie das fragen: Wir können auch gentechnisch nicht verändertes Soja einführen, das ist allerdings etwas teurer. Sie kaufen wahrscheinlich auch beim Aldi ein; das machen auch viele Landwirte. Die Landwirte nehmen das Günstigste, weil sie im Wettbewerb stehen.

Wir haben den Antrag dreimal abgelehnt. Wir werden den Antrag, der hier ins Plenum hochgezogen worden ist, wieder ablehnen, weil es unehrlich ist, den Menschen vorzugaukeln, wir seien eine gentechnikfreie Region.

(Alexander König (CSU): Jawohl, so ist es!)

Wir verfüttern 700.000 Tonnen an gentechnisch verändertem Sojaschrot an unsere Tiere. Das ist mit nichts zu vereinbaren. Deshalb werden wir den Antrag noch einmal ablehnen. Das sind die ganzen Argumente.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie noch, Herr Kollege. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Natascha Kohnen das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Pachner, was Ihre Bemerkung zu Herrn Halbleib und zu Aldi angeht, so ist sie nicht gut gewählt. Man könnte sagen, man sollte nicht von sich auf andere schließen. Aber, ehrlich gesagt, ist es sowieso nicht in Ordnung, über jemanden zu sagen, wo er einkauft, Aldi hin oder her. Dieses Argument ist wirklich billig.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie sich jemals die Charta von Florenz angesehen haben, die hinter dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen steckt. In der Charta steht nämlich nicht, dass Europa gentechnikfrei ist oder sein muss, sondern da steht drin:

> Definition von Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.

Das ist sehr verwaltungsdeutsch ausgedrückt. Des Weiteren steht da:

> Klare Spezifizierung der Verantwortlichen im Falle der Verunreinigung von Produkten aus konventionellem oder aus ökologischem Landbau durch gentechnisch veränderte Nutzpflanzen auf Basis des Verursacherprinzips.

Und nun kommt der dritte Punkt, der vielleicht für Sie wesentlich ist:

> Ergreifen von Maßnahmen, um das Vorhandensein von GVO im Saatgut für konventionellen sowie für den ökologischen Landbau zu vermeiden.

Hier steht nicht drin, dass alles von vorneherein gentechnikfrei sein soll, sondern es geht darum, wohin wir wollen. Das ist das Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Und im letzten Punkt der Charta steht das, was Sie sich für Bayern hin und wieder durchaus vornehmen:

> Zustimmung, dass die europäischen Regionen selbst ihre Gebiete oder Teile davon GVO-frei definieren können, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und umweltrelevanten Besonderheiten und der Anerkennung der Zuständigkeiten in jedem Mitgliedstaat.

Hier sagt niemand etwas, dass wir von vornherein gentechnikfrei sein müssen, sondern das ist ein Netzwerk Europas, das sich darum bemüht.

> (Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, zur Erwiderung, bitte.

Reinhard Pachner (CSU): Frau Kollegin Kohnen, ich sage es noch einmal: Wir haben in Bayern einen Schritt gewagt, der gegen geltendes EU-Recht verstößt.

> (Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was?)

Wir sind frei vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wir haben Pflanzen, die von der EU zugelassen sind, für den Anbau in Bayern verboten. Deshalb sind wir frei

vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Das muss ich noch einmal sagen. Wenn in der Charta steht, dass man den Regionen beitreten könnte, die zum Ziel haben, irgendwann einmal gentechnikfrei zu sein, dann schreibt die Presse oder die Medien berichten: Wir sind dem Netzwerk gentechnikfreie Regionen beigetreten. Dann glauben womöglich alle, wir sind gentechnikfrei, wir sind es aber nicht. Das ist Augenauswischerei, das stimmt nicht!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann werdet es doch! - Natascha Kohnen (SPD): So ein Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch.

(Natascha Kohnen (SPD): Seien Sie ehrlich und sagen Sie den Leuten, wie es ist!)

- Frau Kollegin Kohnen, da bin ich ehrlich. Wir machen eine ehrliche Politik, im Gegensatz zu Ihnen.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie gaukeln den Menschen vor, wir wären gentechnikfrei. Wir sind es aber nicht, weil wir 800.000 Tonnen Sojaschrot, das gentechnisch verändert ist, verfüttern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist unehrliche Politik, das ist nicht richtig. Darum bleibe ich dabei, wir werden diesen Antrag auch im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, bitte bleiben Sie noch, denn wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Aiwanger, dem ich hierzu das Wort erteile. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pachner, Sie wissen, dass Rapsschrot und Rapskuchen hochwertige Eiweißfuttermittel sind, die bei der Biospriterzeugung abfallen. Stimmen Sie mir zu, dass die von Schwarz-Gelb beschlossene Besteuerung der Biokraftstoffe in überhöhter Form dazu geführt hat, dass nicht nur eine Vielzahl bäuerlicher Biospritanlagen pleite gegangen ist, sondern auch dazu, dass dieses Eiweißfuttermittel auch nicht in der Menge anfällt, in der es anfallen könnte, wenn Sie die Besteuerung mit Augenmaß vorgenommen hätten?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, bitte.

Reinhard Pachner (CSU): Das ist eine Diskussion über ganz andere Dinge, Herr Aiwanger.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Ich kann hier nicht zustimmen, weil ich mir das noch nicht genau angesehen habe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber!)

Die Biospritbesteuerung ist einfach da. Wir müssen doch ganz andere Dinge machen. Nehmen Sie doch einmal her, was Herr Walter Heidl, der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, gesagt hat. Wenn wir beispielsweise aus Weizen Äthanol erzeugen würden, dann würde sehr viel Eiweiß abfallen, wahrscheinlich sogar noch mehr als jetzt, weil man damit wegen höherer Erträge wesentlich mehr Eiweiß erzeugen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre der Weg, um vom Soja wegzukommen! Den Weg haben Sie aber verbaut!)

- Nein, den Weg haben wir nicht verbaut. Wir werden aber auch damit nicht die 800.000 Tonnen pflanzliches Eiweiß bekommen, die wir brauchen. Wir bauen ja an, und es wird auch immer mehr. Was Sie zu der Besteuerung sagen, dazu kann ich nichts sagen, denn das möchte ich mir erst einmal genauer ansehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen Ihnen die Bauern, die pleite gegangen sind!)

- Wie viele sind pleite gegangen? Das möchte ich mir erst einmal ansehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nicht wenige!)

Das kann ich hier am Redepult nicht sagen. Hier geht es jetzt erst einmal um den Beitritt zum Netzwerk. Das hat doch mit der Besteuerung von Biodiesel gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch, sehr viel!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich in der Debatte fortfahre, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter und anderer (SPD) auf Drucksache 16/12680 "Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten" bekannt geben. Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren nun mit dem Kollegen der FREIEN WÄHLER, Herrn Dr. Leopold Herz, fort. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zur Faktenlage: Heute geht es nicht um die rote oder die weiße Gentechnik, sondern ist geht um die grüne Gentechnik. Dieses Thema hatten wir hier im Haus schön öfter. Wir werden es aber noch oft bekommen.

Zunächst zur Vorgeschichte. Es wurde schon kurz erwähnt, 2003 haben zehn europäische Regionen das Netzwerk gentechnikfreier Regionen gegründet. 2005 kam dann die Charta von Florenz dazu. Darin wurde näher definiert, was wir eigentlich wollen,

eine Art Zielvorgabe. 2009 wurde die Regierung aus CSU und FDP das erste Mal gebeten, diesem Netzwerk beizutreten. Ich glaube, es ist nicht zuviel verlangt, jetzt, nach über drei Jahren, darüber zu entscheiden. Gerade habe ich wieder ein Nein gehört, das dritte Mal Nein. So kann man argumentieren, man kann aber auch sagen: Wenn wir ein Zeichen setzen wollen, dann müssen wir dieser Initiative beitreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn nämlich 80 % der bayerischen Bevölkerung und mehr sagen, wir wollen und brauchen diese Gentechnik nicht, dann sollten wir diese Willensäußerung nicht nur in Sonntagsreden ernst nehmen, sondern wir sollten auch vor Ort zeigen, dass es uns wirklich ernst damit ist. Ich bin mir sicher, Staatsminister Brunner wird anschließend auf die Eiweißinitiative hinweisen, die von uns FREIEN WÄHLERN maßgeblich mitgestaltet und initiiert worden ist. Das ist ein wichtiger Punkt. Dahin müssen wir kommen. Es ist schade, dass der früher dafür zuständige Minister Söder jetzt nicht da ist. Es ist noch nicht lange her, inzwischen sind es etwa zehn Monate, da wurden in Bayern die gentechnikfreien Gemeinden und Städte ausgezeichnet.

Ich vergesse nie, dass in Augsburg 70 Gemeinden aus Schwaben - Herr Pachner, Sie waren auch dabei - als gentechnikfrei ausgezeichnet worden sind. Minister Söder verstieg sich zu der Ansicht, mit einer seltenen Einmütigkeit seien alle fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag für den gentechnikfreien Anbau. Meine Damen und Herren, wir erleben es immer wieder. Ich wiederhole es: Bei der FDP wissen wir, woran wir sind. Die FDP ist nicht für diesen Schritt. Liebe Kollegen von der CSU, wir müssen uns entscheiden. Draußen dürfen wir nicht erzählen: Wir sind zwar dafür, aber andererseits wissen wir nicht so recht. - Wir brauchen eine klare Linie.

Wir von den Oppositionsparteien sind uns einig. Wenn dieser gentechnikfreie Anbau gefordert werden soll - mehr wird nicht verlangt -, sollte es kein Problem sein, dieser Initiative beizutreten. Es geht um ein wenig Psychologie. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, zu zeigen, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen. Immer wieder ist zu

hören, dass Arbeitsplätze abwandern und Techniken verloren gehen würden. Selbstverständlich, das ist die andere Seite. Wir sollten jedoch die Wünsche der Verbraucher ernst nehmen. Wir sollten die Regionen unterstützen. Wir FREIE WÄHLER sagen Ja zum Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie noch. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner auf der rechten Seite.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass die rot-grüne Bundesregierung 2004 unter Landwirtschaftsministerin Künast das erste Mal überhaupt gentechnisch veränderten Mais, nämlich 30 Tonnen MON 810, für den freien Verkehr freigegeben hat?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das könnt Ihr jetzt ändern!)

Für die Psychologie, die Sie genannt haben, ist es schlecht, wenn GRÜNE und SPD jetzt die großen Ankläger und die großen Antragsteller sind.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Steiner, vielen Dank für den Beitrag, der vielleicht vieles aufklärt. Ich habe nie bestritten, dass wir uns momentan noch nicht in der gewünschten Situation befinden - leider. Darum müssen wir diese Initiativen mit der Opposition zusammen immer wieder anstoßen, damit wir in Bayern eine möglichst gentechnikfreie Anbauweise der Eiweißfuttermittel erlangen. Noch sind wir nicht so weit. Die damalige Freigabe von gentechnisch verändertem Mais zeigt, dass auch damals Nachholbedarf bestanden hat. Das widerspricht jedoch nicht der Idee, dieser Initiative für Gentechnikfreiheit beizutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage noch einmal: Wir hätten heute in diesem hohen Hause die Chance, ein Zeichen zu setzen. Ja, wir wollen es, und das über Bayern hinaus. Wenn wir das nicht tun, ist das fatal für die zukünftige Entwicklung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin ist Kollegin Anne Franke von den GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Beim Thema Gentechnik - das haben wir eben wieder gehört - legen Sie, die Regierungskoalition und die Staatsregierung, genauso wie bei den Studiengebühren, beim Donauausbau und bei Griechenland ein absolut widersprüchliches Verhalten an den Tag. Sie reden mit gespaltener Zunge - hier anders als dort.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Für den Machterhalt scheint Ihnen jedes Mittel recht. Sie wissen, dass 80 % der Bevölkerung die Agro-Gentechnik ablehnen. In diesem Sinne - das hat Herr Dr. Herz eben erwähnt - hat Minister Söder im Mai 2011 eine Auszeichnung für gentechnikfreie Kommunen installiert. Ich zitiere aus der Presse aus dem Jahr 2011:

> Söder sieht die heutige Auszeichnung als einen wichtigen Schritt für ein Bayern ohne Gentechnikpflanzen. Die Kommunen bekommen eine Urkunde sowie ein Emaille-Schild, mit dem die gentechnikfreie Bewegung verstärkt wahrgenommen werden soll.

Ganz deutlich: Ihnen geht es um die Wahrnehmung draußen. Draußen soll vermittelt werden, Sie seien gegen Gentechnik. Im Landtag sieht das Ganze schon wieder anders aus. Im Landtag verweigern Sie die Zustimmung zu unseren Anträgen, mit denen wir Gentechnikfreiheit fordern, insbesondere die Gentechnikfreiheit auf dem Acker.

Im März 2011 haben wir GRÜNE bereits einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem wir wie die SPD gefordert haben, dass Bayern dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitritt. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Er wurde ebenfalls in den Ausschüssen abgelehnt und wird heute wahrscheinlich erneut abgelehnt.

Warum ist es uns so wichtig, dem Netzwerk beizutreten? Wir meinen, mit dem Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen hätte Bayern endlich eine starke Stimme in Brüssel. Das wollen Sie jedoch offenbar ausdrücklich nicht. In Brüssel, dort, wo es keiner sieht und hört, enthält sich Deutschland der Stimme in den Ausschusssitzungen, wenn es um die Zulassung von Gentechniklebensmitteln, Gentechnikfuttermitteln sowie neuer GVO-Pflanzen geht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Anne Franke (GRÜNE): - Das machen wir am Schluss.

So ist es gerade wieder bei der Zulassung des GVO-Mais MIR 162 passiert. Jetzt stehen 35 GVO-Zulassungen in Brüssel an. Sie sind sozusagen in der Pipeline. Dort, in Brüssel, können Sie zeigen, dass Sie gegen Agro-Gentechnik sind. Äußern Sie sich dort mit Ministerin Aigner klar gegen Gentechnik. Treten Sie dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei, damit wir zusammen mit den gleichgesinnten Regionen endlich eine starke Stimme in Brüssel bekommen.

Über 50 gentechnikfreie Regionen gibt es inzwischen in Europa. In Deutschland sind es die Bundesländer Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und seit Kurzem Baden-Württemberg. Daneben existieren - das haben wir gehört - eine ganze Reihe kleinerer gentechnikfreier Regionen: 210 in Deutschland und 58 in Bayern. Rund 19.000 Landwirte bestellen in Bayern eine Fläche von ungefähr 550.000 Hektar GVO-frei. Für die Gründung von Bündnissen für eine gentechnikfreie Region schließen sich in vielen Regionen Bayerns bereits verschiedene Verbände, Firmen, Personen, Vereine sowie Verbraucher, Direktvermarkter Umweltschützer, Hersteller und

Händler von Lebensmitteln auf eigene Initiative zusammen. Aber Sie lehnen den Antrag natürlich wieder ab.

Im Moment gibt es hochaktuell einen erneuten Angriff auf die Gentechnikfreiheit. Die EU-Kommission will das Honig-Urteil der Europa-Richter aushebeln. Die EU-Kommission möchte nun in der neuen Honig-Richtlinie festschreiben, dass Pollen keine Zutat, sondern ein natürlicher Bestandteil des Honigs sind. Meine Damen und Herren, das ist ein neuer Trick, um Gentechnik im Honig nicht ausweisen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es darf und kann nicht sein, dass Verbraucher und Imker Gentechnik im Honig dulden müssen. Vorletzte Woche haben wir einen Antrag eingereicht, mit dem wir die Staatsregierung aufgefordert haben, sich auf allen Ebenen aktiv dafür einzusetzen, dass die EU-Honig-Richtlinie unangetastet bleibt, um eine Verunreinigung des Honigs mit gentechnisch veränderten Pollen zu verhindern.

Angesichts der immer wiederkehrenden Eingriffe in die Gentechnikfreiheit muss Bayern, wenn Sie es halbwegs ernst meinen, dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten, um in Brüssel eine starke Stimme gegen die großen Gentechniklobbyisten zu haben und um Imker und Verbraucherinnen und Verbraucher vor unerwünschter Gentechnik in den Lebensmitteln und auf dem Acker zu schützen.

Herr Pachner, obwohl wir 700.000 Tonnen Futtermittel importieren, können wir durchaus dem Netzwerk beitreten. Das ist kein Widerspruch, wenn wir die Gentechnikfreiheit langfristig erreichen wollen. Das würden wir damit zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Pachner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile.

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, Frau Kollegin Franke! Ich wollte nur eine Frage stellen. Ist Ihnen der Sprachgebrauch bekannt? Sie haben von den Urkunden und den Emaille-Schildern gesprochen, die der Umweltminister an die Gemeinden verteilt hat.Kennen Sie eigentlich den korrekten Sprachgebrauch der Begriffe "gentechnikanbaufrei" und "gentechnikfrei"? Wenn Sie diesen Sprachgebrauch kennen, werden Sie feststellen, dass es scheinheilig wäre, wenn wir jetzt dem Netzwerk beitreten würden; denn wir sind nicht gentechnikfrei, weil von den 800.000 Tonnen Sojaschrot, die wir verfüttern, immer noch 700.000 Tonnen gentechnisch verändert sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Franke zur Erwiderung.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Pachner, ich habe das schon gesagt, als ich Sie hier stehen sah. Ich habe Ihre Frage eigentlich schon beantwortet. Wenn man will, kann man seinen Willen auch zeigen. Man kann zeigen, dass man langfristig die Gentechnikfreiheit erreichen und von den gentechnisch veränderten Organismen in den Futtermitteln wegkommen möchte. Mit der Eiweißstrategie haben wir Ansätze, eigenes Futtermittel zu erzeugen, sodass wir keine GVO-Futtermittel aus Argentinien, Brasilien usw. importieren müssten. Wir hätten diese Möglichkeit. Sie wollen aber offenbar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der nächste Redner der Debatte ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Otto Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe nicht, warum dieser Antrag, der im Ausschuss sehr klar und deutlich abgestimmt worden ist, noch einmal ins Plenum hochgezogen wird. Der sachliche Grund hierfür erschließt sich mir nicht. Haben wir noch zusätzliche sachliche Argumente bekommen? Wollen wir ein Zeichen setzen, wie das bereits im Umweltausschuss geschehen

ist? Oder soll damit auf Nuancen von Unterschieden zwischen den bürgerlichen Parteien hingewiesen werden? Wollen Sie, dass CSU und FDP eine Art Politspektakel aufführen? Verehrter Herr Ministerpräsident, wir haben gerade das Gegenteil bewiesen. Wir haben die Praxisgebühr und das Betreuungsgeld zusammengeführt. Wir sind handlungsfähig. Deshalb verstehe ich nicht, warum die Opposition diesen Antrag hochgezogen hat.

(Beifall bei der FDP)

Die Initiative heißt "Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa". Auf die Forderung nach Gentechnikfreiheit müssen die bürgerlichen Parteien reagieren und eine Entscheidung fällen. Wir haben gesagt, dass wir über eine gentechnikanbaufreie Zone reden können. Den Antrag, eine gentechnikfreie Region zu werden, lehnen wir selbstverständlich ab. Wenn wir hier zustimmen würden, wäre das unredlich und unehrlich. Es wird Ihnen nicht gelingen, uns auseinanderzudividieren; denn alle Redner von der Opposition und der Regierungskoalition, die bisher zu diesem Problem Stellung genommen haben, haben einen ganz wichtigen Aspekt weggelassen: Wo ist die ethische Komponente? Hier unterscheiden wir Europäer uns doch von den Südamerikanern, den Indern und den Asiaten. Wie wollen wir - ethisch und christlich argumentiert - das Millenniumsziel erreichen und den Hunger halbieren?

Die Aufgabe einer christlichen Nation ist es, den Hunger zu reduzieren. Die Entwicklungsländer fordern gerade eine grüne Revolution. Eine solche kann durch die Gentechnik geleistet werden. Ich hätte mir heute eine sachliche Diskussion gewünscht, die auf wissenschaftlichen Grundlagen beruht. Ihre Verbraucherministerin hat hier im Jahr 2004 völlig versagt. Sie hätte damals als Eingangskriterium die Langzeitwirkungen von Futtermitteln und deren Gefahren berücksichtigen sollen. Dies hat Frau Künast im Jahr 2004 nicht getan. Deshalb sind diese Produkte in den Handel gelangt. Das war ein Fehler von Rot-Grün. Das war fahrlässig und gehört dringend geändert, indem wir nach Brüssel gehen und dort die Richtlinie abschaffen.

Ich will Sie gar nicht im Hinblick auf Ihr Verständnis der Forschung, der Forschungsfreiheit und der Verantwortung von Forschung angreifen. Bei allen neuen Technologien ist es notwendig, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen aber auch die Chancen sehen, die die grüne Gentechnik bietet. Wir müssen deshalb zu einer sachlichen Diskussion zurückkehren. Wir dürfen nicht die Felder derjenigen zertreten, die über Jahre hinweg Pflanzen angebaut haben. Dies wäre das andere Extrem, wenn diese Diskussion zu emotional geführt würde. Wir dürfen keine Arbeitsplätze exportieren und dafür Genmais importieren. Wir müssen etwas für die Forschung und die Freiheit tun. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Forschung im Bereich der Gentechnologie. Die Langzeitwirkungen sind deshalb für mich das Kriterium für die Zulassung. In diesem Sinne müssen wir auch in Brüssel intervenieren.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte noch für mindestens zwei Zwischenbemerkungen am Pult. Als erste Rednerin hat sich Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Dr. Bertermann, warum haben wir diesen Dringlichkeitsantrag hochgezogen? Das kann ich Ihnen schon sagen: Herr Umweltminister Dr. Söder hat im Jahr 2009 gesagt, er denke darüber nach, diesem Netzwerk in Europa beizutreten. Das war ein gutes Zeichen. Die SPD hat daraufhin den ersten Antrag im Jahr 2010 gestellt, der genau den Inhalt des heutigen Dringlichkeitsantrags hatte. Herr Füracker hat damals für meine Begriffe etwas ehrlicher geantwortet, als es Herr Pachner heute getan hat. Herr Füracker hat gesagt, das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen sei eine respektable Einrichtung. Deshalb habe er kein großes Problem damit, den Beitritt Bayerns zu beschließen. Soweit Herr Füracker im Jahr 2010.

Warum hat er dem Ganzen schließlich nicht zugestimmt? Seine Argumentation ist viel ehrlicher als die, die Herr Pachner heute gebracht hat. Damals hat Herr Füracker ge-

sagt: "Es ist Ihnen auch bekannt, dass unser Koalitionspartner eine um 180 Grad gedrehte, andere Meinung vertritt als wir." Das ist Fakt. Herr Füracker sagte weiter: "Deswegen tue ich Ihnen heute den Gefallen nicht, wegen einer Formalität des Beitritts einen Koalitionsstreit auszulösen." Das ist eine ehrliche Antwort für die Menschen in Bayern. Heute wurde versucht, mit den Begriffen "gentechnikfrei" und "gentechnikanbaufrei" eine semantische Erklärung zu finden, warum dies alles unehrlich sei. Das halte ich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns für verlogen. Was Sie von der FDP sagen, kann ich akzeptieren. Die Nummer, die Herr Pachner hier und auch im Ausschuss durchgezogen hat, ärgert mich jedoch.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Dr. Bertermann zur Erwiderung.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Ich denke, wir brauchen eine ganz klare Position. Bei der Diskussion über das Thema Gentechnik sind für mich die langfristigen Auswirkungen entscheidend. Wenn wir dazu gute wissenschaftliche Daten hätten, würde ich mich als Liberaler leichter tun, solche Entscheidungen zu treffen. Wir haben aber diese Daten nicht.

(Natascha Kohnen (SPD): Doch, wir haben sie! Das christliche Argument mit dem Welthunger ist weit hergeholt!)

- Wo die Gentechnik eingesetzt wird, zum Beispiel in Indien, wurde die Arbeitslosigkeit reduziert. Das Einkommen dort wurde verdoppelt. Die Resistenzen wurden reduziert und bessere Lebensbedingungen geschaffen. Wir müssen auch die Chancen sehen, die die Gentechnik für die dritte Welt birgt. Dies darf nicht einfach ideologisch wegdiskutiert werden. Seien Sie doch einmal offen für die Diskussion und warten Sie ab, welche Ergebnisse die Wissenschaft bringen wird. Ich will jetzt nicht politisch werden, aber Ihre Ideologisierung zeigt, dass Sie im Prinzip forschungsfeindlich sind und die Arbeitsplätze in diesem Lande gefährden. Ihnen kann man überhaupt keine Regierungsverantwortung anvertrauen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch für eine zweite Zwischenbemerkung am Pult. Sie kommt von der ganz linken Seite, nämlich von Frau Kollegin Anne Franke von den GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Lieber Herr Dr. Bertermann, es ist haarsträubend, wenn Sie behaupten, die Gentechnik helfe gegen den Hunger. Das Gegenteil ist der Fall; das wissen Sie selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben gerade Indien erwähnt. Aus Indien wissen wir, dass die Selbstmorde von Bauern zugenommen haben. Dort hat auch der Hunger zugenommen. Die Bauern in Indien sind von den GVO-Großkonzernen abhängig, die das Saatgut herstellen. Sie müssen ihr Saatgut von diesen großen Konzernen kaufen. Wenn das Klima einmal nicht so günstig ist, haben sie schlechte Ernten und können nicht einmal das Saatgut bezahlen.

Der Agrarbericht hat gezeigt, dass etwas anderes notwendig ist, um den Hunger zu besiegen, nämlich Ernährungssouveränität. Die Bauern müssen sich selbst ernähren können und dafür genügend erwirtschaften. Es kann nicht Ziel sein, dass nur die großen Konzerne noch mehr Reibach machen.Ernährungssouveränität kann man nur durch der jeweiligen Landschaft und dem Klima angepasste Arbeitsweise erreichen, nicht durch Gentechnik.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte, Herr Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Eine bessere Steilvorlage hätten Sie mir nicht geben können. Wir wollen nicht wieder zurück ins Gewächshaus. Wir wollen keine Ideologisierung. Sie bezeichnen die Verflechtung zwischen Forschungsinstituten, Konzernen und Genehmigungsbehörden als ein Verbrechen. Diese Emotionalisierung bringen Sie

hier hinein. Sie müssen stattdessen wissenschaftlich argumentieren. Dann können Sie Ihre Politik weiter vertreten.

Es reicht nicht aus, Grundlagenforschung nur an Modellpflanzen zu betreiben. Man muss weitergehen. In meinen Augen begehen Sie eine Attacke auf die Forschungsfreiheit. Was Sie hier tun, ist kein Kavaliersdelikt. Nach mehr als 35 Jahren der Debatte gibt es bei den GRÜNEN nach meiner Meinung jetzt einen Tiefpunkt der Diskussion über Gentechnologie.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sehen Sie sich doch einmal die Chancen an, die diese Technik für die Arbeitsplätze, die Sicherheit und den Wohlstand bedeutet. Sie müssen die Diskussion fair auf die wissenschaftlichen Grundlagen zurückführen, damit wir uns über die Dinge unterhalten können. Sie müssen weg von der Ideologie, weg von den Pflanzen, die Wissenschaftler auf fremden Feldern angepflanzt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Staatsregierung ergreift jetzt Frau Staatssekretärin Melanie Huml das Wort.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg sage ich, dass die Bayerische Staatsregierung zur Gentechnik eine ganz klare Haltung hat. In der Staatsregierung lehnen wir alle die kommerzielle Nutzung der grünen Gentechnik ab. Das ist ganz klar. Diese Haltung ist gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung in der kompletten Koalition zu finden.

Der Antrag wurde schon 2010 und dann auch 2011 gestellt. Jetzt wird er im Jahr 2012 ein drittes Mal gestellt. Wir werden dem Netzwerk aber deshalb nicht beitreten, weil wir es unehrlich fänden, zu sagen, dass wir komplett gentechnikfrei sind. Wir sind gentechnikanbaufrei. Deswegen haben wir in Bayern lieber ein Netzwerk der Kommunen.

Wir wollen die Gentechnikanbaufreiheit mit den Kommunen und den Landkreisen umsetzen. Unser gemeinsamer Weg ist es in Bayern eben, die Kommunen mitzunehmen.

Dies bedeutet einen kleinen Unterschied. Darüber haben wir zurzeit, aber auch schon in den letzten Jahren mehrfach diskutiert. Das reicht aus.

Wir lehnen den Antrag, einem Netzwerk der Gentechnikfreiheit beizutreten, ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Natascha Kohnen von der SPD das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): Frau Staatssekretärin, mich interessiert: Wo steht denn in der Charta etwas von Gentechnikfreiheit? Wenn Sie dort nachlesen würden, wüssten Sie, dass da von Gentechnikanbau die Rede ist. Von Gentechnikfreiheit spricht nur die Überschrift. Dem Inhalt der Charta kann man jedoch entnehmen, dass es um den Anbau geht, zu dem Sie den Kommunen Auszeichnungen geben.

Ich halte den Gedanken, den Herr Söder nach 2009 nicht mehr fortgeführt hat, für richtig. Er sagte, er denke darüber nach, dem Netzwerk beizutreten. In dem Netzwerk wird darum gekämpft, zu einem Ziel zu kommen. Es handelt sich um ein Bekenntnis zu dem, was man anstrebt. Aber Sie weigern sich, dem Netzwerk beizutreten.

Herr Bertermann hat dazu sehr deutliche Worte gesagt. Wir können die wissenschaftliche Debatte gerne führen. Weltweit führt die grüne Gentechnik im Anbau, wissenschaftlich gesehen, nicht zu einer Erhöhung der Ernteerträge. Deswegen kann sie den Welthunger nicht halbieren.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Nachdem Herr Minister Markus Söder gesagt hat, er überlege es sich, haben wir es im Umweltministerium sehr genau geprüft. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es sich nicht um etwas handelt, was wir uns vorstellen, und dass ein Beitritt unehrlich wäre. Von daher sind wir zu dem Entschluss gekommen, dem Netzwerk nicht beizutreten. Wir wollen lieber mit Taten überzeugen, nicht durch einen Beitritt zu einem Netzwerk.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Sie soll in namentlicher Form geschehen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals sowie auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe wird nun begonnen. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.55 bis 16.00 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich in der Debatte fortfahre, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher und anderer der SPD-Fraktion betreffend Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa, Drucksache 16/12788 - Tagesordnungspunkt 5 -, bekannt: Ja-Stimmen gab es 65, 89 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt und es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)